

## **Satzung für das Jugendamt der Stadt Datteln vom 12.05.2022**

Der Rat der Stadt Datteln hat in seiner Sitzung am 06.04.2022 aufgrund der §§ 69 ff. des Achten Buches des Sozialgesetzbuches (SGB VIII) in der Fassung der Bekanntmachung vom 11. September 2012 (BGBl. I S. 2022), zuletzt geändert durch Gesetz vom 09. Oktober 2020 (BGBl. I S. 2075), des § 3 Abs. 2 des Ersten Gesetzes zur Ausführung des Kinder- und Jugendhilfegesetzes (AG KJHG NRW) vom 12. Dezember 1990 (GV.NW. S. 664), zuletzt geändert durch Gesetz vom 21. Juli 2018 (GV.NRW. S. 414) und des § 7 der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein – Westfalen (GO NRW) in der Fassung der Bekanntmachung vom 14. Juli 1994 (GV. NW. S. 666), zuletzt geändert durch Gesetz vom 29. September 2020 (GV.NRW. S. 916) folgende Satzung beschlossen:

### **§ 1 Aufbau des Jugendamtes**

Das Jugendamt besteht aus dem Ausschuss für Kinder, Jugend und Familie und der Verwaltung des Jugendamtes. Die Verwaltung des Jugendamtes führt die Bezeichnung „4.1 Fachdienst Kinder/Jugend/Familie“.

### **§ 2 Zuständigkeit des Jugendamtes**

Das Jugendamt ist nach Maßgabe des Kinder- und Jugendhilfegesetzes (KJHG), der dazu erlassenen Ausführungsgesetze und dieser Satzung für alle Aufgaben der öffentlichen Jugendhilfe im Gebiet der Stadt Datteln zuständig.

### **§ 3 Aufgaben des Jugendamtes**

1. Das Jugendamt ist Mittel- und Sammelpunkt aller Bestrebungen auf dem Gebiet der Jugendhilfe. Die Entfaltung der Persönlichkeit des jungen Menschen sowie die Stärkung und Erhaltung der Erziehungskraft der Familie sollen bei allen Maßnahmen der öffentlichen Jugendhilfe im Vordergrund stehen.
2. Das Jugendamt soll sich um eine enge Zusammenarbeit mit den Trägern der freien Jugendhilfe und allen behördlichen Stellen bemühen, die sich mit Angelegenheiten der Kinder, Jugendlichen und jungen Menschen sowie der Familie befassen. Es hat dabei die Selbständigkeit der freien Träger in Zielsetzung und Durchführung der Jugendhilfeaufgaben sowie in der Gestaltung ihrer Organisationsstruktur zu achten.

### **§ 4 Mitglieder des Ausschusses für Kinder, Jugend und Familie**

1. Dem Ausschuss für Kinder, Jugend und Familie gehören 15 stimmberechtigte und beratende Mitglieder gemäß § 4 Abs. 3 dieser Satzung an.

2. Die Zahl der stimmberechtigten Mitglieder nach § 71 Abs. 1 Ziffer 1 KJHG (Mitglieder der Vertretungskörperschaft oder von ihr gewählten Frauen und Männer, die in der Jugendhilfe erfahren sind) beträgt 9, und die Zahl der Mitglieder nach § 71 Abs. 1 Ziffer 2 KJHG, die von den im Bereich des Jugendamtes wirkenden und anerkannten freien Trägern vorgeschlagen sind, beträgt 6.

Die stimmberechtigten Mitglieder und die beratenden Mitglieder gemäß § 4 Abs. 3 Satz 1 Buchstaben i und k dieser Satzung werden vom Rat gewählt. Für jedes Mitglied ist ein/e persönliche/r Stellvertreter/-in zu wählen. Das Wahlverfahren richtet sich nach dem Ersten Gesetz zur Ausführung des Kinder- und Jugendhilfegesetzes (AG-KJHG) und der Gemeindeordnung (GO NRW).

3. Als beratende Mitglieder gehören dem Ausschuss für Kinder, Jugend und Familie an:
  - a) die Hauptverwaltungsbeamtin/der Hauptverwaltungsbeamte oder ein/e von ihr/ihm bestellte/r Vertreterin/Vertreter;
  - b) die Leiterin/der Leiter des Jugendamtes oder deren/dessen Vertretung;
  - c) eine Richterin/ein Richter des Vormundschaftsgerichtes oder des Familiengerichtes oder eine Jugendrichterin/ein Jugendrichter, die/der von der zuständigen Präsidentin/dem zuständigen Präsidenten des Landgerichts bestellt wird;
  - d) eine Vertreterin/ein Vertreter der Arbeitsverwaltung, die/der von der Direktorin/dem Direktor des zuständigen Arbeitsamtes bestellt wird;
  - e) eine Vertreterin/ein Vertreter des Gesundheitsamtes, die/der von der Leiterin/dem Leiter des Kreisgesundheitsamtes bestellt wird;
  - f) eine Vertreterin/ein Vertreter der Schulen, die/der von der zuständigen örtlichen Stelle besetzt wird;
  - g) eine Vertreterin/ein Vertreter der Polizei, die/der von der zuständigen örtlichen Stelle besetzt wird;
  - h) je eine Vertretung der katholischen Kirche und der evangelischen Kirche sowie der jüdischen Kultusgemeinde, falls Gemeinden dieses Bekenntnisses im Bezirk des Jugendamtes bestehen; sie werden von der zuständigen Stelle der Religionsgemeinschaften bestellt;
  - i) eine Vertreterin/ein Vertreter des Integrationsrates, die/der durch den Integrationsrat nach den Bestimmungen des AG-KJHG gewählt werden,
  - j) beratende Mitglieder gemäß § 58 Abs. 1 Satz 7 GO NRW;
  - k) eine Vertreterin/ein Vertreter des Jugendamtselternbeirates

- l) eine Vertreterin/ein Vertreter der Vestischen Kinder- und Jugendklinik Datteln, die/der von derselben bestellt wird.

Für die Mitglieder c) bis l) ist je ein/e persönliche/r Vertreter/in zu bestellen oder zu wählen.

4. Vertreter\*innen des Kinder- und Jugendparlamentes der Stadt Datteln haben Vorschlags- und Rederecht im Ausschuss.

## **§ 5 Aufgaben des Ausschusses für Kinder, Jugend und Familie**

1. Der Ausschuss für Kinder, Jugend und Familie befasst sich mit den Aufgaben der Jugendhilfe. Er beschließt im Rahmen der vom Rat bereitgestellten Mittel, dieser Satzung und der vom Rat gefassten Beschlüsse über die Angelegenheiten der Jugendhilfe.

Er soll vor jeder Beschlussfassung des Rates in Fragen der Jugendhilfe gehört werden. Er hat das Recht, an den Rat Anträge zu stellen.

2. Der Ausschuss für Kinder, Jugend und Familie hat vor allem folgende Aufgaben:

### 2.1 Die Aufstellung von Richtlinien und Grundsätzen für

- a) die Förderung von Einrichtungen und Maßnahmen der Jugendhilfe,
- b) die Festsetzung der Leistungen oder der Hilfe zur Erziehung, soweit diese nicht durch Landesrecht geregelt werden.

### 2.2 Die Entscheidung über

- a) die Jugendhilfeplanung, die Gesamtverantwortung (79 SGB VIII) sowie über die Qualitätsentwicklung (79a SGB VIII)
- b) die Förderung der Träger der freien Jugendhilfe,
- c) die öffentliche Anerkennung nach § 75 SGB VIII in Verbindung mit § 25 AG-KJHG,
- d) die Bedarfsfeststellung für Tageseinrichtungen für Kinder im Rahmen der Kindergartenbedarfsplanung (§ 80 SGB VIII),
- e) die Gewährung von Zuschüssen zu den Kosten für den Bau und Einrichtung von Tageseinrichtungen für Kinder,
- f) die Aufstellung von Vorschlagslisten für die Wahl der Jugendschöffinnen und Jugendschöffen,

g) die Qualitätsentwicklung in der örtlichen Kinder- und Jugendhilfe gemäß §§ 79, 79a SGB VIII.

3. Die Vorberatung des Haushalts für den Bereich der Jugendhilfe.
4. Anhörung vor der Berufung oder Abberufung des Leiters/der Leiterin der Verwaltung des Jugendamtes.

## **§ 6 Unterausschüsse**

Für einzelne Aufgaben der Jugendhilfe (z.B. Jugendhilfeplanung) können bei Bedarf Unterausschüsse ohne Entscheidungsbefugnis, mit beratender Funktion gebildet werden. Die Mitglieder der Unterausschüsse werden vom Ausschuss für Kinder, Jugend und Familie aus seinen ordentlichen und stellvertretenden Mitgliedern gewählt. Er bestimmt auch den/die Vorsitzende/n und seinen/ihren Stellvertreter/in.

## **§ 7 Eingliederung**

Die Verwaltung des Jugendamtes ist eine selbständige Organisationseinheit innerhalb der Stadtverwaltung.

## **§ 8 Aufgaben**

1. Die Geschäfte der laufenden Verwaltung im Bereich der öffentlichen Jugendhilfe werden von der Hauptverwaltungsbeamtin/dem Hauptverwaltungsbeamten oder in ihrem/seinem Auftrage von der/dem Leiter/in der Verwaltung des Jugendamtes im Rahmen dieser Satzung und der Beschlüsse des Rates und des Ausschusses für Kinder, Jugend und Familie geführt.
2. Die Hauptverwaltungsbeamtin/der Hauptverwaltungsbeamte oder in ihrem/seinem Auftrage der/die Leiter/in der Verwaltung des Jugendamtes - ist verpflichtet, die/den Vorsitzende/n des Ausschusses für Kinder, Jugend und Familie über alle wichtigen Angelegenheiten der Verwaltung des Jugendamtes zu unterrichten, - bereitet die Beschlüsse des Ausschusses für Kinder, Jugend und Familie vor und führt diese aus.

## **§ 9 Inkrafttreten**

Diese Satzung tritt am Tage nach ihrer Bekanntmachung in Kraft. Am gleichen Tage tritt die Satzung für das Jugendamt der Stadt Datteln vom 23.07.2015 außer Kraft.

## **Bekanntmachungsanordnung**

Die bevorstehende Satzung des Jugendamts der Stadt Datteln vom 12.05.2022 wird hiermit öffentlich bekannt gemacht:

### Hinweis:

Die Verletzung von Verfahrens- oder Formvorschriften der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen beim Zustandekommen der Satzung kann nach Ablauf eines Jahres nicht mehr geltend gemacht werden, es sei denn,

- a) eine vorgeschriebene Genehmigung fehlt, oder ein vorgeschriebenes Anzeigeverfahren wurde nicht durchgeführt,
- b) die Satzung ist nicht ordnungsgemäß öffentlich bekannt gemacht worden,
- c) der Bürgermeister hat den Ratsbeschluss vorher beanstandet oder
- d) der Form- oder Verfahrensmangel ist gegenüber der Stadt vorher gerügt und dabei die verletzte Rechtsvorschrift und die Tatsache bezeichnet worden, die den Mangel angeht.

Datteln, 12.05.2022



Dora  
Bürgermeister